

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/50. Jahrgang

Oktober 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

2.000 in Gießen - 1,4 Mio. in der BRD - viele Millionen weltweit

20. September - #Alle fürs Klima

Das waren die mächtigsten, überwältigsten Demos in der BRD seit dem Widerstand gegen die Raketenstationierung in den 80er Jahren.

Dennoch muss der Protest noch sehr viel nachdrücklicher werden, um eine Klimawende zu erreichen. Das am 20.9.



kein Durchkommen auf dem Kirchenplatz



Demo zum Berliner Platz

beschlossene „Klimapaket“ der Bundesregierung ist Augenwischerei (s. Kasten rechts).

Vor allem müssen Umwelt- und Friedensbewegung noch enger gemeinsam kämpfen.

Denn die größten Klimakiller und Umweltzerstörer sind Kriege und Militär.

Kritik am Klimapaket

"Fridays for Future" hat das am 20.9. beschlossene Klimapaket der Bundesregierung scharf kritisiert. "Wenn man jahrelang nichts für den Klimaschutz tut & dann nach massivem monatelangem Druck aus der Bevölkerung Maßnahmen diskutiert, die mit 1,5 Grad rein gar nichts zu tun haben, ist das kein 'Durchbruch', sondern ein Eklat". Die Pläne zur CO₂-Bepreisung sind "ein Schlag ins Gesicht" aller, die am Freitag "zu Hunderttausenden" für einen besseren Klimaschutz in Deutschland auf die Straße gingen. Die Pläne für den CO₂-Preis sind zu kompliziert, greifen zu spät und sind außerdem zu niedrig.



Marx: Produktiv- werden zu Destruktivkräften

In der „Deutschen Ideologie“ analysiert Karl Marx, dass „in der Entwicklung der Produktivkräfte... eine Stufe eintritt, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionsmittel mehr sind, sondern Destruktionsmittel“. Dies gilt für alle Bereiche der Produktion - auch für die Landwirtschaft, wo der Boden durch immer mehr Dünger und Pflanzenschutzmittel ruiniert wird. Die Produktionskräfte wirken gleichsam destruktiv auf die Natur, die im Kapitalismus bloß ein Ausbeutungsobjekt ist. Diese Art des Umgangs mit der Natur ist allein durch eine Umwälzung aller kapitalistischen Verhältnisse zu verändern.

Inhalt:

Linke/Grüne/Scholz/Anträge	S. 2
Gießen 2015 Null/Ev. Allianz	S. 3
Herumdoktern/E-Energiewende?	S. 4
Post-Profit/Fanfaren für Teichvögel	S. 5
Reichspogromnacht/Leserbriefe	S. 6
Trumps Amoklauf/Polizeigewehre	S. 7
Termine/DKP zum "Klimapaket"	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Wahlnachlese: das Elend der PDL und die Kriege der Grünen

Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen sind ausgiebigst behandelt worden.

Nur Weniges wäre da noch zu ergänzen: Die Freude über die FDP, die es wieder nicht geschafft hat, und das schlechte Abschneiden der Partei Die Linke (PDL) als Quittung dafür, dass sie mit aller Kraft danach trachtet, am Verwalten allen Elends in der BRD beteiligt zu sein.

Oder wie Johanna Scheringer-Wright PDL-MdL in Thüringen in einem Interview sagte: „... , weil sich die Partei „Die Linke“ zu großen Teilen immer mehr zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelt, deren höchstes Ziel Mitregieren ist, um den Kapitalismus mit Reformen zu verbessern, anstelle

ihn mit Veränderungen zu überwinden.“ (UZ vom 20.9.19)

Nach dem Höhenflug der Grünen sehen manche schon den neuen Kanzler Habeck.

Und dieser übt bereits. Auf die Frage, ob die BRD zum Schutz der Handelswege sich an einer Mission am Persischen Golf beteiligen müsse, antwortete er: „Sind aber alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen.“ (Passauer Neue Presse vom 3.8.19)

Das ist eine eindeutige Aussage, auch wenn er noch ein paar Alibi-Einschränkungen einstreute. Die Bereitschaft der Grünen zum Krieg, zur „Mission“,

zeichnet sich schon seit Jahren ab. Und ein Anlass dafür ist schnell gefunden, und sei es zur programmatisch geforderten „Verteidigung der Menschenrechte“.

Habeck will seinem krieglerischen Parteifreund Josef Fischer, der vor 20 Jahren zusammen mit Gerhard Schröder den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien führte, nicht nachsehen.

Und der frühere Grünen-Vorsitzende und MdB Özdemir absolvierte im Juni ein Praktikum bei der Bundeswehr, posiert zum Fototermin in Flecktarn-Uniform, verlangt eine bessere Ausstattung und meinte: Es gibt „nichts, was gegen eine grüne Verteidigungsministerin spräche“. Erika Beltz



Scholz (SPD) für Bildungssteuer

Finanzminister Scholz hatte bei seiner Amtseinführung betont, er wolle die Politik seines Vorgängers Schäuble nicht ändern, es gäbe keine SPD- oder CDU-Finanzpolitik, sondern nur eine deutsche. Wie das gemeint ist, hat er jetzt mit einem besonders schabigen Gesetzentwurf gezeigt. Versteckt in einem Gesetz, das eigentlich die steuerliche Förderung von Elektroautos regelt, soll die Mehrwertsteuerpflicht für alle Fortbildungsmaßnahmen eingeführt werden, die nicht der beruflichen Weiterbildung dienen. Sprachkurse, Musikstunden, Yoga – alle solche Sachen, die von verschiedenen Veranstaltern gegen Bezahlung angeboten werden, sollen 19% teurer werden. Angeblich geht das auf eine EU-Regelung zurück. Schön, dass es die EU gibt. Allerdings hat jedes Land die Möglichkeit, Ausnahmen zu regeln. Es wäre kein Problem, auf die Mehrwertsteuer zu verzichten. Gernot Linhart

Zum Umgang mit Anträgen der Fraktion Gießener Linke

* Vor dem Hintergrund der Klimadiskussion: Freie Fahrt in Gießener Bussen für alle Menschen über 65 Jahren. **Abgelehnt**, weil „nicht immer neue Gruppen rausgesucht werden sollen“. In Budapest z.B. gilt diese Regelung für alle öffentlichen Verkehrsmittel bereits zur allseitigen Zufriedenheit.

* Rauchverbot auf Gießens Spielplätzen. **Abgelehnt**, weil „es dafür keine rechtliche Handhabe gebe“. Gilt das auch (wenn überhaupt) für Schilder „hier bitte nicht rauchen“?

* 300 zusätzliche Stellplätze für E-Bikes. **Abgelehnt**, weil das erst geprüft werden müsse. Immerhin! - Die endgültigen Entscheidungen werden im Parlament am 26.9. (nach Red.-Schluss) getroffen.



Gießen will Ernst machen beim Klima Wachsamkeit weiter geboten

Die nachdrücklich erhobenen Forderungen der Bewegung Fridays for Future zur Klimawende trugen auch im Bauausschuss – noch vor dem großen Streiktag am 20.9. – Früchte. Mit großer Mehrheit wurde der Bürgerantrag von „Lebenswertes Gießen“ angenommen, der bereits von 1700 Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt wurde.

Sein Ziel: Gießen soll bis 2035 klimaneutral sein – damit wurde die Frist um 15 Jahre vorverlegt. Nur die AfD stimmte dagegen und sprach von „Wohlstandsvernichtung“.

Auch die Lützellindener, die sich seit Wochen gegen einen geplanten Gewerbepark auf 30 bis 40 Hektar zur

Wehr setzten, konnten einen Erfolg erringen. Zwar wurde der Antrag des Ortsbeirats, diese Planung nicht wei-



terzuverfolgen, von den Magistratsparteien abgelehnt. Aber es wurde auch mit breiter Mehrheit beschlos-

Klimaneutral bedeutet, dass durch ein Produkt, eine Tätigkeit oder Dienstleistung die Menge an klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre nicht erhöht wird. Solche Gase zu vermeiden, bringt den größten Effekt. Um Klimaneutralität zu erreichen, kann der Ausstoß von Gasen kompensiert werden, etwa durch das Pflanzen von Bäumen oder die Förderung energie-sparender Maßnahmen.

sen, das Projekt, mit dem die Luftzufuhr behindert und wertvoller Hohertragsboden versiegelt worden wäre, auf unbestimmte Zeit auszusetzen. - Die Publikumsbänke waren voll besetzt, aber das Hochhalten eines Schildes (Foto) wurde von der Vorsitzenden sofort unterbunden. M.B.



Ev. Allianz - irreführende Buswerbung muss weg

Die Pressemitteilung der DKP

Der Kreisvorstand Gießen der DKP übt scharfe Kritik an der Werbung der fundamentalistischen Evangelischen Allianz für deren vorgebliche Schwangerschaftskonfliktberatung auf drei städtischen Bussen bis Februar nächsten Jahres. Unter dem Deckmantel von „Profemina“, wobei wohl bewusst auf eine Verwechslung mit "Pro familia" gezielt wird, wird Schwangeren von einer Organisation eine „Beratung“ angeboten, die Abtreibung als „Mord“ und die Bescheinigung über eine Konfliktberatung als „Lizenz zum Töten“ bezeichnet. Eine „Pluralität der weltanschaulichen Ausrichtung“, die nach § 3 der hessischen Verordnung Voraussetzung für jede Beratungsstelle sein muss, ist hier mit Sicherheit nicht gegeben. Diese Werbung ist um so empörender in einer Stadt, deren Parlament sich gerade parteienübergreifend (bei Enthaltung der AfD) dafür ausgesprochen hat, durch eine Schutzzone dafür zu sorgen, dass vor Beratungsstellen und Praxen keine Kundgebungen von fanatischen Abtreibungsgegnern stattfinden dürfen und die Patientinnen nicht durch Belästigungen und Diffamierungen unter Druck gesetzt werden können. Die DKP fordert den Magistrat der Stadt Gießen als 100%ige Gesellschafterin der Stadtwerke Gießen sowie von MitBus auf, die Werbeflächen nicht zur fundamentalistischen Propaganda missbrauchen zu lassen.

... und die Reaktionen darauf

„Auf diese Aufforderung reagierte ein Magistratsmitglied prompt. Stadträtin und SWG-Aufsichtsratsvorsitzende Astrid Eibelshäuser (SPD) ließ am Freitag mitteilen, dass die SWG nach Rücksprache die Vertragslage, im Hinblick auf die Möglichkeit der vorzeitigen Vertragsauflösung prüfen werde.“ (Gießener Anzeiger vom 14.9.19)

Auch in anderer Hinsicht sollte die Legitimität dieser Werbung geprüft werden, und das tut die Stadt inzwischen auch. Mit ihr soll offensichtlich der falsche Eindruck erweckt werden, hier würde „Hilfe für ungewollt Schwangere“ im Sinne einer Konfliktberatung angeboten.

Das ist keineswegs so; die Frauen werden mit allen an Gehirnwäsche grenzenden Mitteln gedrängt, das Kind auszutragen und eine Bescheinigung gibt's auch nicht, dazu fehlt die Befugnis. Das Ganze ist eine bewusste Irreführung, wie auch die desorientierende Bezeichnung „Profemina“.

Seitens der katholischen Kirche dagegen gibt es Unterstützung. „Jeder Frau steht es frei, dieses in Anspruch zu nehmen oder nicht, ein zweites Mal hinzugehen, anzurufen, zu mailen, oder nicht. Wo liegt Ihr Problem??? Mehr Freiheit kann man (frau) nicht haben,“ teilte man uns per E-Mail mit. – O doch, man kann, aber jenseits klerikaler Engstirnigkeit.

Spahn und Klose, Herumdoktern reicht nicht

Die Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen ist in Deutschland viel schlechter als aufgrund des technischen und wissenschaftlichen Standes und der zur Verfügung stehenden Mittel möglich wäre. Da diese Tatsache zu immer stärkeren Protesten führt, versuchen Politiker, darauf zu reagieren.

Gesundheitsminister Spahn, der sich in seinem Amt gerne für höhere Aufgaben profilieren möchte, bringt Gesetze für eine bessere Pflege auf den Weg. Dabei gelingt ihm nur wenig, denn er will und darf nicht gegen die Interessen der profitorientierten Klinikkonzerne handeln. In seinem „Pflegestärkungsgesetz“ werden nur für wenige Bereiche personelle Untergrenzen festgesetzt, und die orientieren sich nicht am Bedarf, sondern an den Krankenhäusern mit den schlechtesten Personalschlüsseln. Die viel zu wenig Stellen, die für die Altenpflege vorgesehen sind, werden nur zögerlich besetzt und durch

Sparmaßnahmen an anderer Stelle aufgewogen.

In Hessen will der grüne Minister Kai Klose die Patientensicherheit verbessern. Diese ist auf einem für ein Industrieland blamablem Niveau. Bei 10% aller Behandlungsfälle gibt es Beanstandungen: Druckgeschwüre, Stür-

hygiene ist miserabel. Wegen der vielen Fälle von multiresistenten Keimen gelten Patienten aus Deutschland in Nachbarländern als Hochrisiko – sie werden erst nach gründlicher Untersuchung stationär aufgenommen. Eine „Patientensicherheitsverordnung“ soll die Lage verbessern.

Sowohl Spahn als auch Klose gehen das Grundübel nicht an: Die Profitorientierung der Kliniken und die Bezahlung nach diagnosebezogenen Pauschalbeträgen. Die Bezahlung müsste nach den realen Kosten der bestmöglichen Therapie ausgerichtet sein. Profit müsste verboten werden, die Investitionen, wie im Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgeschrieben, von den Ländern getragen werden. - Das Interesse von privaten Investoren an Kliniken hätte dann keine Grundlage mehr, Krankenhäuser und Pflegeheime könnten wieder in öffentliche oder gemeinnützige Hände übergehen. Ohne Kampf ist so ein Systemwechsel nicht möglich.

Gernot Linhart



ze, Fehldiagnosen, Verwechslungen oder bei Operationen vergessene Fremdkörper. Auch die Krankenhaus-

meinnützige Hände übergehen. Ohne Kampf ist so ein Systemwechsel nicht möglich.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
6 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de
 Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de



E-Energiewende?

Um die Energiewende voranzubringen, werden hunderttausende von E-Bikes verkauft und nun kommen die E-Roller hinterher.

Nun fragt sich der gesunde Menschenverstand, warum ist es eine Energiewende, wenn statt bisher mit reiner Muskelkraft betriebene Fahrräder nun plötzlich mit Elektromotoren ausgestattete Fahrräder empfohlen werden? E-Bikes und Pedelecs sind der Renner. Ergänzt werden sie nun von E-Rollern.

Wer fragt jedoch danach, wie umweltverträglich oder gar schädlich die Gewinnung von Lithium ist, das für die wiederaufladbaren Batterien benötigt wird?

In Chile, Bolivien und Argentinien kommt es beim Abbau zu erheblichen ökologischen Problemen, aber das interessiert die Befürworter „unserer Wende“ anscheinend nicht.

Und die Arbeitsbedingungen der im Abbau Beschäftigten in den genannten Ländern interessieren erst recht

niemanden. Sind ja Arbeitsbedingungen in Südamerika und nicht bei uns. Weit gefehlt!

Im Bereich der E-Roller, die von großen Anbietern für den sogenannten „letzten“ Kilometer in Großstädten angeboten werden, haben sich bereits katastrophale Arbeitsverhältnisse etabliert.

Nachts, wenn die Jagd auf abgestellte E-Roller beginnt, sind zahlreiche Beschäftigte in meistens völlig ungesicherten Arbeitsverhältnissen unterwegs und sammeln die Roller zum Wiederaufladen ein, meistens in klapprigen alten Transportern mit entsprechendem Kraftstoffverbrauch.

Aber das alles dient ja der „Energiewende“. Wem nutzt dies alles? Die Firmen, die Lithium abbauen, verdienen ausgezeichnet. Die Fahrradindustrie lebt hauptsächlich von E-Bikes und Pedelecs und die Anbieter der Miet-Roller von der Ausbeutung der Beschäftigten. Dies ist keine Energiewende!

H.R.

Profite für die Deutsche Post

Steigt im Kapitalismus die Nachfrage, so steigen auch die Preise. Bei der Deutschen Post AG ist es umgekehrt: Mit der Begründung, das Briefaufkommen würde sinken, hat sie das Porto kräftig erhöht.

Dabei ist bei der Post laut Statistischem Bundesamt die Anzahl der Briefe zwischen 2016 und 2018 nur von 18,6 auf 17,9 Milliarden gesunken. Satten Profite werden erwartet, für 2020 rechnet die Post mit zusätzlichen 280 Millionen Euro.

Gleichzeitig will Bundeswirtschaftsminister Altmeier (CDU) das Postgesetz „modernisieren“, um den Brief- und Paketzustellfirmen weitere Gewinne zu sichern. So soll die Postzustellung nur noch an fünf statt sechs Tagen erfolgen. Deutlich benachteiligt sind davon u. a. Tageszeitungen, die nicht bundesweit am Kiosk erhältlich sind, wie z.B. die „junge Welt“.

Die kräftigen Portoerhöhungen kosten dem Verlag schon jetzt rund 90.000 Euro mehr im Jahr. Zudem rechnet die Gewerkschaft ver.di mit der Vernichtung von mindestens 10.000 tariflich und sozial geschützten Arbeitsplätzen durch die Reduzierung der Zustelltage.

Ein weiterer Angriff auf die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen Verlagen und Buchhandlungen ist die Erhöhung der Kosten für Büchersendungen. Eigentlich sollte durch die Ermäßigung das Kulturgut Buch die Bildung der Bevölkerung fördern. Das spielt offenbar keine Rolle mehr. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels kritisierte, dass es zur „Quasi-Abschaffung der Büchersendung“ käme und hat Beschwerde beim Bundeskartellamt eingelegt.

Vom Staat, der immer noch mehr als ein Fünftel der Anteile an der Deut-

Die Privatisierung der Deutschen Bundespost wurde erst möglich durch die Änderung von Artikel 87 des Grundgesetzes, die am 03.09.1994 in Kraft trat. Die Folgen waren: Abbau von Arbeitsplätzen, Zunahme prekärer Anstellungsverhältnisse, Ausdünnung des Filialnetzes, Verschlechterung des Service, Erhöhung der Preise, Verringerung der Einnahmen des Bundes, aber: Millionengelder für Vorstände und satte Dividenden für Aktionäre.

schen Post AG hält, sind keine Verbesserungen zu erwarten. In einer Gesellschaft, in der selbst Kulturgüter zur Ware werden, unterliegt alles der Profitmaximierung. Von selbst ändert sich das nicht.

Rainer Grabowski

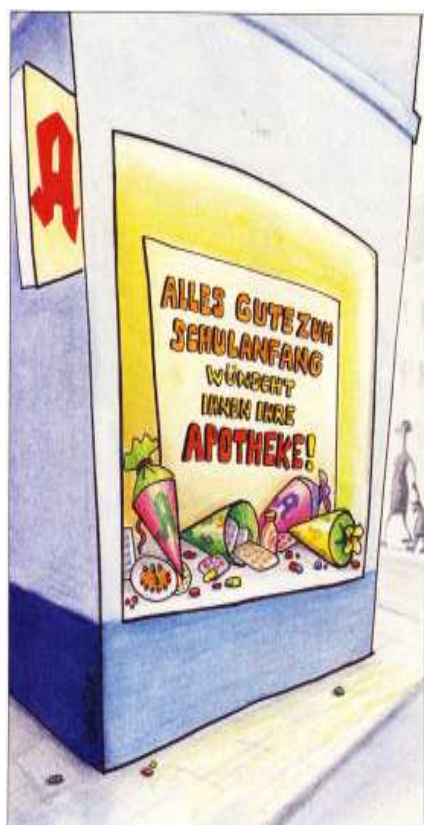




Glauben Sie uns kein Wort – testen Sie uns!

Drei Wochen! Kostenlos! Unverbindlich!

030/536355-81/82 - redaktion@jungewelt.de - www.jungewelt.de



Mit Fanfaren gegen Teichvögel

Zu seiner eigenen Imageaufbesserung lädt der Förderverein „Gartenstadt Gießen“ - ehemals Hauptantreiber für die Durchsetzung der Landesgartenschau – jährlich Kinder zum Spielen und Basteln in die Wiesseckau.

Wer könnte etwas dagegen haben, wenn man nicht wüsste, dass in diesem ehrenwerten Club Gießener Geschäftsinteressen mit der bürgerlichen politischen Szene gepaart werden. Der Vorstand besteht hauptsächlich aus Interessenten beider Lager.

Angewiesen ist man natürlich auf die „Gemeinschaftsleistung der Bürger“. Da Vorstandsmitglied Weigel-Greilich (ehemals Bürgermeisterin, jetzt Stadträtin der Grünen Partei) seit Jahren ihre schützende Hand über den „Strandbar“-Betreiber Trageser im

Landschaftsschutzgebiet hält, findet die Hauptsause auch neben dieser Vergnügungsstätte statt. Die Bühne – ausgerichtet auf ein Biotop – wird unter anderem einen Fanfarenzug und Cheerleader beherbergen.

Das Widerliche: Hier werden Kinder vorgeschoben, um ihre Eltern in die Gegend der „Strandbar“ zu locken. Wundern kann man sich nur über das Umweltamt, das zu allen naturzerstörenden Aktivitäten in dieser Gegend schweigt.

Dessen Image geht mit jeder Veranstaltung weiter in den Keller.

M. Berger

(In der Fragestunde des Stadtparlaments am 26.9. will Michael Beltz wissen, was der Magistrat zum Schutz der Teichvögel unternehmen will.)

Reichspogromnacht - was sie uns heute noch zeigt

Zu den Zeiten des kalten Krieges hatte die sogenannte „bürgerliche Öffentlichkeit“ wenig Interesse an diesem Datum. Das änderte sich mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten. Das „neue“, „wiedervereinigte“ Deutschland schickte sich an, an seine alte imperialistische Tradition anzuknüpfen. Ein großes Problem war dabei die Frage: Wie geht man mit dem deutschen Faschismus um? Wollte man doch zukünftig die machtpolitischen und ökonomischen Interessen unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschenrechten und im Rahmen der „westlichen Wertegemeinschaft“ durchsetzen. Eine Strategie setzte sich dabei durch: Die

Historisierung des deutschen Faschismus. An keiner Stelle wird auf die Bedeutung der Reichspogromnacht für den deutschen Faschismus hingewiesen. Die generalstabsmäßig geplante Aktion hatte mehrere Funktionen. Die Anhänger des Faschismus wurden mobilisiert und radikalisiert. Es zeigte sich, dass die Faschisten, selbst bei dieser Terrorwelle, nicht mit Widerstand zu rechnen hatten. Nicht zuletzt waren die Vermögenswerte (Göring forderte 1 Milliarde Reichsmark als „Sühne“ für die entstandenen Schäden), welche im Zuge der Reichspogromnacht der jüdischen Bevölkerung geraubt und abgepresst wurden, ein wichtiger Bestandteil der

Finanzierung der militärischen Aufrüstung. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr und dem Wiedererstarren des faschistischen Terrors hat sich an der Aktualität des Mottos „Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus!“ leider nichts geändert. Die bürgerlichen Medien und Wissenschaftler benutzen immer wieder - ohne die geringste Distanzierung - bei ihrer „Analyse“ des deutschen Faschismus Begriffe, die die NSDAP selber „erfunden“ hat, Begriffe wie Machtergreifung und Nationalsozialismus. Warum dies so ist, soll in einer Podiumsdiskussion im Anschluss an den Mahngang diskutiert werden (siehe Ankündigung Seite 8).
Henning Mächerle



Redaktionsschluss für
Novemb.-Echo: Mi., 16. Okt.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dcp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Leserbriefe

Neulich hatte ich ein Gespräch mit drei Nachbarn und wir kamen irgendwie über Bier zu Politik und ich fragte alle drei: Sagt mal, wollt ihr in einem Gesellschaftssystem leben, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist? Und alle drei antworteten: Ja. Dann fragte ich sie, ob sie auch gleiche Rechte für alle wollen; wieder war die Antwort affirmativ: Ja. Wollt ihr, dass alle Zugang zu Boden, Medizin, Bildung und Kultur haben? Die Antwort ein festes: Ja. Wollt ihr, dass Kriege endlich beendet und geächtet werden, und wieder sagten alle drei: Ja.

Und warum wählt ihr dann immer noch CDU/SPD/FDP/GRUENE/AFD/LINKE, wenn ihr eigentlich auch Kommunisten seid?
Claudio Coladangelo

Hybridzug für die Lumdatabahn?

Die Technik schreitet fort. Es gibt jetzt Züge mit Akku und Fahrdradtstrom. Die schwächste Variante kommt mit Akku 40 km weit. Von Lollar nach Londorf und zurück sind es etwa 30 km.

Also reicht es für Hin- und Rückfahrt, wenn die Züge vollgeladen in Lollar von der elektrifizierten Bahnstrecke abbiegen. Zwischen Gießen und Lollar werden ja die Akkus geladen. Das dauert 10 Minuten.

Vorteile: Elektromotoren müssen viel seltener gewartet werden. Die Züge müssen nicht zum Tanken fahren.

Und sie sind leise.

Vielleicht freuen sich deshalb dann auch die Contra-Lumdabahn-Anwohner auf die Wiederbelebung!

Lennard Alswede

Trump läuft Amok in "seinem" Hinterhof

Beispiel Kuba

Seit dem 19. Jahrhundert betrachten die Herrschenden der USA Lateinamerika als ihren Hinterhof, in dem sie keine Regierung dulden, die ihnen nicht gehorcht. Bis heute gelingt es immer wieder, widerspenstige Regierungen wegzuputschen oder mit anderen Mitteln gefügig zu machen.

Nur in Kuba ist das seit fast 60 Jahren anders. Obama versuchte, mit leichten Zugeständnissen wieder mehr Einfluss auf der Insel zu erlangen, sein Nachfolger Trump schwingt wieder die Peitsche. Er verschärft die Blockade in einem lange nicht mehr bekannten Maß.

Jetzt versucht die US-Regierung, alle Öllieferungen nach Kuba zu unterbinden, indem sie alle Reedereien, die die Insel mit Tankern anfahren, mit schwerwiegenden Sanktionen bedroht. Erklärtes Ziel der USA ist es, der kubanischen Wirtschaft so stark zu schaden, dass es zu Unruhen kommt. Der Präsident Kubas, Miguel Diaz-Canel, und der 1. Sekretär der Kommunistischen Partei, Raul Castro, sowie die übergroße Mehrheit aller

Kubaner lassen sich davon aber nicht beeindrucken. Sie vertrauen auf die Widerstandskraft der Kubaner – es gelte wieder eine Losung aus der Zeit der Revolution: „Aqui no se rinde nadie! – Hier ergibt sich keiner!“ Die Kubaner vertrauen auf die Solidarität der fortschrittlichen Menschen welt-



weit und einiger befreundeter Staaten. Für den Wirtschaftskrieg der USA gibt es keinerlei völkerrechtliche Rechtfertigung. Seit Jahrzehnten fordert die UN-Vollversammlung jährlich fast einstimmig das Ende der Blocka-

de – was die USA als selbsternannte Weltpolizisten nicht beeindruckt.

Beispiel Venezuela

Neben Kuba ist Venezuela ein weiteres Land in Lateinamerika, das sich dem Diktat der USA widersetzt. Auch dieses Land soll durch eine Blockade ausgehungert und zur Aufgabe gezwungen werden. Seit 9 Monaten versucht die US-Regierung, dort einem ihnen genehmen Präsidenten zur Macht zu verhelfen. Leider gibt es innerhalb der von den USA gesteuerten Organisation Amerikanischer Staaten eine Reihe Regierungen, die sich gegen Venezuela einspannen lassen und selbst militärische Mittel nicht ausschließen. Mit Recht stellt die Regierung Venezuelas fest, dass es schmerzhaft sei, dass sich Länder, die selbst schon unter dem Herrschaftsanspruch der USA gelitten haben, jetzt ähnliche Verbrechen gegen ein Bruderland rechtfertigen. Auch Venezuela braucht unsere Solidarität und die Hilfe aller Staaten, die sich nicht den USA unterordnen.

Gernot Linhart

Polizei in Hessen: hochgerüstet gegen wen?

Mit zusätzlichen 1500 Sturmgewehren wird die hessische Polizei hochgerüstet. Nach den umstrittenen Tarnern, mit denen bereits zwei Menschen getötet wurden, werden auch die Schusswaffen martialischer und lösen die bisherigen Maschinenpistolen ab.

Vorgeblich geht es um den Kampf gegen den „Terrorismus“. Aber der findet nicht statt, und wo doch, kann er schwerlich mit Gewehren bekämpft werden. Die NSU-Morde hätten damit

nicht verhindert werden können und andere rechte Anschläge auch nicht. Für die Ausrüstung der Polizei insgesamt wird immer mehr Geld ausgegeben, was in keinem Verhältnis zu den Realitäten steht.

Die Kriminalität sinkt auf allen Gebieten – bis auf die Internetkriminalität, zu deren Bekämpfung man sicher keine Gewehre braucht.

Oder denken die Verantwortlichen an die Vorbereitung auf kommende Straßenkämpfe wie z. B. mit den Gelbwesten in Frankreich, die – in ihrem Kampf gegen Sozial- und Lohnabbau - die volle Gewalt der Obrigkeit zu spüren bekamen – bis zur Erblindung und zum Verlust von Gliedmaßen.

Statt solche Szenarien zu proben, sollte die Polizei sich wichtigen bestehenden Problemen zuwenden. Rund 600 Rechte sind trotz Haftbefehl auf freiem Fuß. Die Fallzahlen rechter Gewalt steigen in Hessen wie bundesweit. Aus einer Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass im

ersten Halbjahr 2019 mehr als 8.600 rechtsextreme Straftaten registriert worden sind.

Diese Zahl bedeutet eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hessen hatte übrigens für Juni kein rechtes Gewaltdelikt gemeldet, wie aus der Antwort des Bundesinnenministeriums hervorgeht, obwohl am 2. Juni Walter Lübcke von einem Faschisten erschossen wurde.

Innenminister Beuth erklärte in seinem Bericht vom 18.9. 2018, dass es 1475 Rechte in Hessen gibt, davon gewaltorientiert 680, Straftaten 539, davon Gewalttaten 25 (2017: 16). Wie viele in dieser Aufzählung fehlen, darüber mag man spekulieren, ebenso wie darüber, wie weit die rechten Seilschaften innerhalb der hessischen Polizei Einfluss auf die Statistik nehmen. Dass vor diesem Hintergrund die Aufrüstung mit Gewehren - auch in falsche Hände - vor sich geht, gibt Anlass zu Befürchtungen. Erika Beltz



Juso-Vorsitzender Kühnert sprach im Frühjahr von der Kollektivierung von BMW, in Berlin fordert eine Bürgerbewegung die Enteignung der Wohnbaukonzerne. Wir diskutieren über

Wohnungspolitik und Eigentumsfrage

am Donnerstag, den 24. Oktober, um 19 Uhr im Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle

mit **Arnold Schölzel**

1947 in Bremen geboren, 1967 von der Bundeswehr desertiert und in die DDR gegangen, ab 1970 Philosophiestudium und Arbeit an der Humboldt-Universität als wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1991 suspendiert und 1994 entlassen wegen MfS-Mitarbeit, langjähriger Chefredakteur der "jungen Welt", Chefredakteur der Zeitschrift RotFuchs.



und

Jan Schalauske, angefragt

1980 in Lüneburg geboren, 2002 bis 2009 Studium der Politikwissenschaft an der Philipps-Universität in Marburg, seit 2005 Mitglied der Partei Die Linke, Landesvorsitzender seiner Partei sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag. Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender in Marburg.



Veranstalter:

Gießener Linke, Wahlbündnis aus DKP, Partei die Linke und Linkem Bündnis, Fraktion im Gießener Stadtparlament - Fraktion im Kreistag

„Der Mensch denkt nur im Notfall.“

Ein Abend von und über Brecht
mit **Erich Schaffner**

und **Georg Klemp am Piano**

Freitag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Kulturzentrum FRANZIS,
35578 Wetzlar, Franziskanerstr. 4-6

Eintritt: 10 Euro (ermäßigt: 5 Euro)

Eine Veranstaltung der DKP Lahn-Dill

Mahngang und Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht, 9. November 1938

Beginn: 18 Uhr am Berliner Platz 1,
anschließend Kranzniederlegung an der Kongresshalle.

Danach Diskussionsveranstaltung in der Anschlussverwendung, Grünberger Str. 22

"Warum Faschismus kein Nationalsozialismus ist"

Veranstalter: ARAG, VVN/BdA Gießen, DKP Gießen, SDAJ Gießen.



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

DKP-Info-Stand

am Samstag, 26. Oktober,
ab 10.30 Uhr am Kreuzplatz

**Liebe Leser
und Leserinnen,
die Post hat ihre Gebühren
drastisch erhöht; der Ver-
sand des Gießener Echos
kostet jetzt 1.55 Euro**

(als Büchersendung wie bisher
wäre es noch teurer).

Wir bitten daher dringend um Spen-
den und wer sein Abo für dieses
Jahr noch nicht bezahlt hat, bitte
baldmöglichst nachholen.

Sparkasse Gießen, IBAN:

DE 75 5135 0025 0000 1930 70

*Es grüßt mit herzlichem Dank
die Echo-Redaktion.*

**Wir bedanken uns sehr
herzlich für alle
Spenden!**

DKP zum "Klimapaket"

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP: „Das Klimapaket der Bundesregierung schadet den Menschen, nützt den Konzernen und nicht der Umwelt. Die Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas trifft vor allem Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose und Pendler. Eine warme Wohnung wird teurer. Die angeblichen Zugeständnisse sind Heuchelei: Die angekündigte Senkung der Strompreise wird vor allem den Konzernen zugutekommen, die Umweltzerstörer werden also noch belohnt. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist Augenwischerei, die Pauschale reicht nach wie vor nicht um die jetzt steigenden Kosten der Pendler auszugleichen. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten gilt nur für den Fernverkehr, wird nicht dazu beitragen den Personenverkehr auf die Schiene zu verlagern, dazu braucht es einen ausgebauten und kostenfreien Nahverkehr. Dieses Lügenpaket muss bekämpft werden.“

**Jeden Montag, von 18 bis 19
Uhr bei den 3 Schwätzern im
Seltersweg/Ecke Plockstr:**

**Protest gegen
Hartz IV**